



P.P. CH-3003 Bern, GS-EJPD

Gesellschaft Schweiz-Israel
Frau Corina Eichenberger-Walther
Zentralpräsidentin
Postfach 9310
8036 Zürich

Bern, 31. Oktober 2019

Sehr geehrte Frau Zentralpräsidentin

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 14. Oktober 2019.

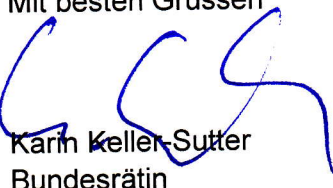
Der Bundesrat nimmt die Bedrohung durch terroristische Gewaltakte, insbesondere auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft, sehr ernst. Es ist eine Tatsache, dass die dschihadistisch motivierte terroristische Bedrohung in Europa und auch in der Schweiz seit einigen Jahren erhöht ist. In letzter Zeit ist zudem ein Anstieg von rechtsextremer Gewalt und Terroranschlägen weltweit zu beobachten – einhergehend mit einer Welle von antisemitischen Übergriffen.

Ich habe deshalb grosses Verständnis für die Sorge um die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Der Bundesrat ist überzeugt, dass mit der per 1. November 2019 in Kraft tretenden Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS; SR 311.039.6) ein erster Beitrag für den besseren Schutz bedrohter Minderheiten geleistet wird. Ab diesem Zeitpunkt können erstmals beim Bundesamt für Polizei fedpol Gesuche um finanzielle Unterstützung für das Jahr 2020 eingereicht werden. Die Einreichung von Finanzhilfegesuchen für das Jahr 2021 ist bis am 30. Juni 2020 möglich.

Nach diesen ersten Ausschreibungen werden wir die Wirksamkeit der Verordnung gemeinsam mit unseren Partnerbehörden und dem SIG einer ersten Überprüfung unterziehen.

Mit besten Grüssen



Karin Keller-Sutter
Bundesrätin